

Antrag 0.2/194: Briefwahl erleichtern, Wahlbeteiligung stärken

Antragsteller/in:	KV Landsberg
Status:	zugelassen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger; demokratische Legitimation lebt von hoher Wahlbeteiligung. Um die staatlichen Institutionen und Prozesse auch zukünftig gegen Kritik von Demokratie-Feinden und Populisten zu bewahren, muss deshalb die Steigerung der Wahlbeteiligung eine dringende Aufgabe für alle demokratischen Parteien in Bayern – und zuallererst für die FDP als Partei der demokratischen Freiheitsrechte – sein.
- 7 Die FDP fordert, dass zukünftig bei allen Wahlen der Versand von Wahlbenachrichtigungen ersetzt wird durch den automatischen Versand von Briefwahlunterlagen an alle Bürger. Diese Briefwahlunterlagen können dann vom Bürger (1.) entweder vor dem Wahltag wie bei klassischer Briefwahl zurückgesandt werden, oder (2.) Zuhause ausgefüllt und am Wahltag im Wahllokal abgegeben werden, oder (3.) am Wahltag im Wahllokal wie bei klassischer Präsenzwahl ausgefüllt und eingereicht werden.
- 14 Es ist anzunehmen, dass damit die Wahlbeteiligung erheblich steigen wird, weil die Hürden zur Teilnahme an Wahlen spürbar gesenkt werden.

Begründung

Die grundgesetzlich gesicherten Prinzipien der geheimen und öffentlichen Wahl werden in Deutschland durch Präsenzwahlen umgesetzt. Die Briefwahl als Abweichung von diesem Grundsatz gilt als unproblematisch, solange sie die Wahl insgesamt befördert, ohne die grundlegenden Prinzipien zu verletzen. Eine ausschließliche Briefwahl, wie die Stichwahl zur bayerischen Kommunalwahl im März 2020, ist deshalb zwar verfassungsrechtlich bedenklich. Akzeptabel dürfte aber sein, dem Bürger die ohnehin bereits praktizierte Wahlfreiheit zwischen der

Präsenzwahl im Wahllokal und der Briefwahl von zuhause aus zu vereinfachen. Momentan erfordert die Briefwahl allerdings ein gewisses Maß an Selbst-Organisation durch den Bürger, weil er die Unterlagen erst beantragen muss. Allein das kann dazu führen, dass Bürger an Wahlen nicht teilnehmen, weil sie die Antragsfrist verpassen oder vom Wahlprozess inhaltlich oder sprachlich überfordert sind. Ein automatischer Versand der Briefwahlunterlagen würde diese Hürden verringern.

Die dauerhafte Stärkung der Briefwahl ist auf parlamentarischem Weg zu verankern. Wie bei den Regelungen zur Kommunalwahl 2020 setzt sich die FDP dafür ein, eine entsprechende Reform der Wahlgesetzgebung im Landtag zu debattieren und zu beschließen.

Kosten, Bürokratie und sonstige Beeinträchtigungen der Änderungen erscheinen akzeptabel, weil auch schon bisher Wahlbenachrichtigungen an alle Bürger versandt werden.
Detail Erläuterung durch Dr. Tobias Huttenloher.